

# **SCHLEPPEREI**

## **Profite mit der Ware Mensch**

***Die Zahl der illegalen Einwanderer in die Europäische Union steigt weiter an – ein Milliardengeschäft für internationale Schlepperbanden. Das Innenministerium geht mit der Sonderkommission "Grenze" gegen den Menschenschmuggel vor.***

Die Chinesen zahlten pro Person umgerechnet bis zu 350.000 Schilling an die Schlepperorganisation – für den gefälschten Reisepass, den Einreisesichtvermerk und den Flug von Peking nach Linz. Über 3.000 Chinesen sind im vergangenen Jahr illegal nach Österreich eingereist – überwiegend als Touristen getarnt. Sie waren zwischen 18 und 30 Jahre alt, meist Landarbeiter und mussten ihre Schulden in China-Restaurants oder Firmen abarbeiten. Einige sind geblieben, die anderen wurden mit Autobussen nach Deutschland, Frankreich, Polen und in die Schweiz transportiert. Die Schlepper sprachen ihre Opfer in China an und verlangten etwa 100.000 Schilling als Anzahlung. Ausreisewillige borgten sich das Geld bei Geldverleihern. Reisebüros, die unter dem Einfluss von Triaden, den kriminellen Organisationen, stehen, organisierten die Reise in den Westen, besorgten Visa mit fingierten Einladungen aus Briefköpfen aus dem Internet oder gefälschte Schreiben von Firmen aus dem Westen. Die Chinesen reisten offiziell als Ärzte, Chemiker, Touristen oder als Beamte "auf Dienstreise" in den Westen.

## **Europaweite Schaltzentrale**

Der Gendarmerie war im Jahr 1999 auf dem Flughafen Linz-Hörsching eine chinesische Reisegruppe mit falschen Pässen aufgefallen. Das war der Auslöser für weitere Ermittlungen gemeinsam mit der Linzer Polizei. Bei Kontrollen mit dem Arbeitsinspektorat in 40 China-Restaurants in Linz und Umgebung stießen die Ermittler auf Dutzende Chinesen, die sich illegal in Österreich befanden. Unter oft sehr harten Bedingungen mussten die Chinesen ihre Schulden abarbeiten. Die Arbeitgeber zahlten monatlich einige tausend Schilling an die Menschenschmuggler. Vor kurzem konnten die Ermittler bei einer gezielten Aktion in einem chinesischen Reisebüro in Wien Beweise sichern, die zur Festnahme von sieben Mitgliedern der Schlepperorganisation führten. Die Bandenmitglieder wurden angezeigt wegen Verdachts der gewerbsmäßigen Schlepperei und der Bildung einer kriminellen Organisation. Das Wiener Reisebüro soll die europaweite Schaltzentrale des Schlepperrings gewesen sein. Als Verbindungsmann für Europa gilt ein in Österreich geborener Chinese – der Sohn eines ehemaligen Leibarztes des langjährigen chinesischen Parteivorsitzenden Mao Zedong. Die Schlepperbande dürfte laut Schätzung der Ermittler Umsätze bis zu einer Milliarde Schilling gemacht haben. Das meiste Geld dürften die Bosse der Organisation in China kassiert haben.

Laut Statistik der Gruppe II/C (Staatsschutz) im Innenministerium hielten die Sicherheitsorgane vergangenes Jahr 45.730 Menschen an, die illegal nach Österreich eingereist waren oder einreisen wollten. Das sind um 2.918 mehr (+6,8 %) als 1999 (42.812). Es gab um 2.699 (+17,1%) Amtshandlungen mehr gegen illegale Einwanderer als 1999 (15.796).

"Die Zahlen beweisen die weitere Professionalisierung des Grenzschutzes und der Exekutive", sagte Innenminister Dr. Ernst Strasser bei der Präsentation der

Schlepperstatistik 2000 in Wien. Mit einem Maßnahmenpaket werde das Innenministerium gegen den organisierten Menschenschmuggel vorgehen, betonte der Minister:

- Eine Sonderkommission gegen Schlepperei soll Erkenntnisse über die Schlepper und deren Routen bringen.
- Mit dem neuen Bundeskriminalamt kann der Kampf gegen das organisierte Verbrechen effizienter erfolgen.
- Die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern wird intensiviert, etwa durch Verbindungsbeamte.
- Den Sicherheitsbehörden der EU-Beitrittskandidaten wird Wissen und fachliche Unterstützung angeboten.
- Es soll eine gemeinsame europäische Initiative gegen den Menschenhandel geben, wie es sie gegen den Drogenhandel gibt. Strasser unterstützt den Vorschlag des deutschen Bundesinnenministers Otto Schily, eine europäische Grenzpolizei zu errichten.
- In den Herkunftsländern der Geschleppten soll es Informationskampagnen geben. Strasser: "Den Menschen werden für viel Geld falsche Tatsachen verkauft."

"Die Ausreisewilligen zahlen für den Transport bis zu 500.000 Schilling – eine Summe, die sie in den Zielländern abarbeiten müssen", erläuterte Dr. Peter Heindl, Leiter der Gruppe Staatspolizei im Innenministerium. Heindl geht davon aus, dass mit Menschenschmuggel in der Europäischen Union ein Jahresumsatz von 70 Milliarden Schilling gemacht wird – mehr als mit dem Drogenhandel. Etwa 300.000 bis 500.000 Fremde gelangen jährlich illegal in die EU-Staaten. Die Schlepperorganisationen sind flexibel. Heindl: "Sie nutzen jede Möglichkeit, jedes Schlupfloch aus und stellen innerhalb weniger Stunden ihre Routen um."

### **Sonderkommission "Grenze"**

Seit März 2001 besteht die Sonderkommission "Grenze". Die 20 Frauen und Männer, darunter acht Kriminalbeamte der Sicherheitsdirektionen Niederösterreich und Burgenland, sechs Grenzgendarmen, zwei Angehörige der Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT) und vier Kriminal- und Sicherheitswachebeamte der Bundespolizeidirektionen Eisenstadt und Wien, sollen mit Behörden in Ungarn und der Slowakei zusammenarbeiten. Sie sollen Erkenntnisse gewinnen über die Routen und Vorgehensweise der Schlepper, Beförderungsmittel, Anlaufstellen, ver- oder gefälschte Dokumente sowie Zielländer. Der Schwerpunkt der Ermittlungen wird auf illegal Reisende aus Afghanistan, Irak, Iran und China gelegt. Die Aufgriffe von illegalen Migranten sollen analysiert, Erkenntnisse ausländischer Kollegen einbezogen werden. Die Beamten der Soko sollen nationale und internationale Haftbefehle erwirken, Hausdurchsuchungen und Vernehmungen machen und Anzeigen erstatten.

"Die Schlepperkriminalität an der burgenländischen Grenze steht bei der organisierten Kriminalität an erster Stelle", sagt Soko-Leiter Mag. Erhard Aminger, der Sicherheitsdirektor des Burgenlandes. Der volkswirtschaftliche Schaden ist enorm: Es fallen hohe Kosten für die Asyl- und Fremdenrechtsverfahren an, für Dolmetscher, Unterbringungskosten und Schubhaft. Die Sonderkommission ermittelt primär im Burgenland und in Niederösterreich. Denn die meisten Aufgriffe illegaler Grenzgänger erfolgten im Dreiländereck Österreich, Ungarn, Slowakei. Die Soko wird voraussichtlich sechs Monate lang bestehen. Danach wird sich entscheiden, ob ihre Tätigkeit fortgeführt wird. Laut Schlepperstatistik des Innenministeriums stammten die meisten voriges Jahr nach Österreich geschleppten

Personen aus Afghanistan (2.494). Sie flohen vor dem Terror der Taliban, einer radikalen islamischen Organisation, die die Macht in Afghanistan übernommen hat. Dürre und Kälte in Afghanistan Anfang des Jahres haben die Fluchtwelle verstärkt. Auch heuer haben Grenzgendarmen und -soldaten vermehrt Afghanen, Chinesen, Iraker und Iraner nach illegalen Grenzübertritten an der Ostgrenze angehalten. Die Schlepper bringen ihre Opfer bis zur österreichischen Staatsgrenze. "Sie lassen die Geschleppten kurz vor der Grenze aussteigen und schicken sie zu Fuß weiter, indem sie Richtung Österreich zeigen. An der Grenze werden die Reisenden meist von Soldaten angehalten", erläutert Soko-Leiter Aminger. Sie haben keine Dokumente und suchen um Asyl an. Während des Asylverfahrens verschwinden viele wieder. Sie werden von Schleppern in andere EU-Staaten gebracht. Sicherheitsdirektor Aminger schätzt, dass 80 Prozent der Asylverfahren von Menschen aus Afghanistan, Irak und Indien eingestellt werden, weil die Asylwerber während des Verfahrens untertauchen.

"Die Aufgegriffenen erzählen alle die gleiche Geschichte", sagt Major Christian Knopf vom Landesgendarmekommando Burgenland. "Vor dem Grenzübertritt werden sie von den Schleppern instruiert, was sie sagen sollen. Oft findet man bei den Geschleppten Skizzen mit der genauen Reiseroute und Kontakttelefonnummern." Anfang April entdeckten die Angehörigen der Unterstützungsgruppe des Grenzdienstes der Bundesgendarmen (USG) in einem aus Rom kommenden Intercity-Zug in Neunkirchen 31 illegal eingereiste Moldawier, Ukrainer und Russen. Ein Großteil von ihnen hatte ein Aufenthaltsverbot für die Schengen-Staaten. Die Südautobahn und die Südbahn zählen zu den bevorzugten Routen der Ausländer. Diese Strecke wird von der USG vermehrt kontrolliert. Im Bezirk Neunkirchen wurden im vergangenen Jahr 250 illegal eingereiste Männer und Frauen angehalten. In den ersten drei Monaten 2001 waren es 100.

Ein Erfolg gegen einen internationalen Schlepperring gelang im April der Salzburger Polizei. Die Schlepper brachten seit vergangenen Herbst mehrere tausend Afghanen über Salzburg nach Deutschland. Die Asiaten wurden über die ehemaligen Sowjetstaaten nach Österreich eingeschleust, wo sie Asylanträge stellten. Sie wurden in Wohnungen versteckt und mit Kleinbussen in andere EU-Staaten gebracht. Kopf der Schlepperbande war ein Iraker, der in Österreich als Konventionsflüchtling anerkannt war. Er wurde in München festgenommen. Seine Helfer – Iraner, Iraker und Türken – sind ebenfalls in Haft.

Die meisten illegal Eingereisten kamen im vergangenen Jahr aus Rumänien (8.503), der Ukraine (4.352) und Afghanistan (4.056). Jugoslawien rückte in dieser Statistik von Platz eins (1999: 9.824) auf Platz vier (2000: 3.522). Insgesamt wurden Staatsangehörige von 148 Ländern aufgegriffen.

2.564 Menschen wurden vergangenes Jahr wegen Verdachts der Schlepperei festgenommen. Die meisten Schlepper stammten aus Rumänien (313), gefolgt von Jugoslawien (198), Deutschland (144), Österreich (130); bei 708 Festgenommenen war die Nationalität nicht feststellbar. Bei den geschleppten Personen stammten die meisten aus Afghanistan (2.494) gefolgt von Rumänien (1.801) und Irak (1.441).

Mehr als ein Fünftel aller illegalen Grenzübertritte nach Österreich voriges Jahr erfolgten aus Italien (9.984), gefolgt von Ungarn (7.503), Deutschland (4.989), der Slowakei (4.742) und Tschechien (3.865). Neben der Schweiz (0,2 %) gab es aus Slowenien die wenigsten illegalen Grenzübertritte nach Österreich (1,9 %). Bei jenen Illegalen, die sich bereits in Österreich aufhielten, waren Rumänen mit 6.390 an der Spitze, gefolgt von Ukrainern (4.135)

und Jugoslawen (2.626). Etwa ein Drittel der illegal nach Österreich eingereisten Fremde gab an, aus persönlichen Gründen die Heimat verlassen zu haben, für ein weiteres Drittel waren wirtschaftliche Überlegungen ausschlaggebend, der Rest gaben politische Verfolgung an (10 %), Schwarzarbeit (5 %) und Flucht vor Krieg (1,4 %); 20 Prozent machten keine Angaben.

Die Hauptroute der Schlepper verläuft entlang des Balkans. Ausgangsländer sind die Türkei und Rumänien. Von dort geht es entweder über Bulgarien, Slowenien, Ungarn, die Slowakei und Tschechien oder über Bosnien, Kroatien und Slowenien nach Österreich. Die Schlepper beschaffen kurzfristig Autos, sie kaufen fast schrottreife Fahrzeuge oder stehlen sie, um die Ausreisewilligen in die Zielländer zu transportieren. Vermehrt nutzen die Schlepper Schiffe und Flugzeuge als Transportmittel. Vor allem Iraner und Iraker werden über die Adria von Griechenland nach Italien gebracht und von dort mit Autos weiter nach Österreich geschleust. Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina entwickeln sich für Chinesen zunehmend als Einfallstor nach Europa. Chinesen können dort ohne Visum einreisen. Die Polizei schätzt, dass im BalkanRaum 200.000 Chinesen auf den Weitertransport in den Westen warten. Die Menschen aus China fliegen nach Belgrad oder Sarajewo; von dort reisen sie weiter nach Österreich. Oder sie fliegen von Peking über Moskau, Abu Dhabi, Zürich nach Österreich.

Etwa 50 Prozent aller illegalen Einwanderer nach Europa kommen über die "Balkanroute", vor allem aus China, Iran, dem Irak, Afghanistan und Sri Lanka. Die EU will die Strafen verschärfen. Die europäischen Innen- und Justizminister einigten sich bei ihrem Treffen im März dieses Jahres, dass künftig europaweit die Höchststrafe für Menschenschmuggel bei mindestens sechs Jahren, in besonders schweren Fällen bei zehn Jahren liegen soll. In Österreich liegt der Strafraum derzeit zwischen einem Jahr und zehn Jahren (bei Todesfolge).